

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869**

24.6.1869 (No. 146)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 24. Juni.

N. 146.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Driektragegebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

Auf das mit dem 1. Juli beginnende dritte Quartal der Karlsruher Zeitung mit der Badischen Chronik, welche in direkter Verbindung mit dem Hauptblatt täglich erscheint, nehmen alle Postämter Deutschlands und der Schweiz fortwährend Bestellungen an. Preis im Großherzogthum Baden, durch die Post bezogen, Briefträgergebühr eingerechnet, vierteljährlich 2 fl. 3 kr. Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

## Telegramme.

Heidelberg, 23. Juni, Nachmittags 2 Uhr 20 Min. Soeben wird vom Balkon des Rathhauses verkündet, daß die absolute Majorität der Katholiken sich für die gemischte Schule ausgesprochen hat. Von 963 Stimmberechtigten haben 485 mit ja, und 445 mit nein gestimmt. Die Zahl der Zustimmungen nimmt immer noch zu. Großer Jubel. Böllerschüsse. Fahnenumschmück.

Heidelberg, 23. Juni, Nachmittags 4 Uhr 45 Min. Schlussabstimmung der Katholiken. 492 für, 160 gegen die gemischte Schule. Choral. Glockengeläute. Heute Abend Fackelzug.

Wien, 23. Juni. Wie die „Presse“ in ihrer heutigen Morgennummer meldet, ist unter den (in dem demnächst erscheinenden Bande des Rothbuchs) zu veröffentlichenden Korrespondenzen mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter zu Rom ein Aktenstück befindlich, nach welchem das Wiener Kabinett dem Konzile gegenüber eine abwartende Stellung einzunehmen genehmer ist, da die Entwicklung des Konzils von vornherein nicht zu ermessen sei.

Washington, 22. Juni. Die Regierung weigert sich, die Politik des amerikanischen Gesandten in Brasilien, Webb, zu unterstützen. (Webb hat bekanntlich wegen einer nicht erfüllten Forderung seine Pässe gefordert.)

## Deutschland.

Karlsruhe, 23. Juni. Von den Blättern, welche die in Nr. 118 dieser Zeitung widerlegten Gerüchte über den Hrn. Kriegsminister, Generalleutnant v. Beyer, brachten, hat die in Berlin erscheinende „Zukunft“ nicht nur von der Widerlegung Notiz genommen, sondern auch in ihrer Nr. 129 vom 6. d. M. einen Korrespondenzartikel gebracht, welcher die betreffenden Angaben für jedes thatsächliche Anhalts entbehrend und lediglich auf unwahren Gerüchten beruhend erklärt. Daß, im Widerpiel zu diesem loyalen Verfahren, die „Frankfurter Zeitung“ und der Stuttgarter „Beobachter“ ihre Lügen fortsetzten, ist selbstverständlich und bekundet nur ein treues Festhalten einer Praxis, welche demnächst ihren dritten Jahrestag feiern wird.

Schwerin, 22. Juni. Der bereits angekündigte Wechsel im Präsidium des Staatsministeriums und im Ministerium des Auswärtigen findet, sicherem Vernehmen nach, Ende dieses Monats statt.

Halle, 22. Juni. Bei der heute stattgehabten Nachwahl zum norddeutschen Reichstag erhielt Dr. Hamacher aus Essen (liberal) 3303, v. Krosigk (konservativ) 2548, Seiler Schnauser von hier (Kassallener) 1908 Stimmen. 6 Stimmen gesplitteten sich. Es wird somit eine engere Wahl notwendig.

Berlin, 21. Juni. Aus der heutigen Sitzung des Zollparlamentes, worüber bereits berichtet worden, tragen wir noch einiges Nähere aus der Schlussberatung über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderungen des Vereins-Zolltarifs vom 1. Juli 1865, nach.

Bevor in die Beratung des Zolltarifs eingetreten wird, kommt ein Antrag der Abgg. v. Hennig und Lasse zur Beratung, der dahin geht: Die Frage über den Petroleumzoll zuerst zur Beratung zu stellen. Dieser Antrag wird angenommen, und das Haus tritt deshalb in die Diskussion des Antrags des Abg. v. Brandenburg: Im § 1 Abschn. III aufzunehmen: „Mineralöl, roh oder gereinigt, für den Zentner mit 15 Sgr. oder 52 1/2 kr.“

Der erste Redner ist der Abg. Dehmichen (Sachsen), welcher die Petroleumsteuer als eine unter allen Umständen ungerechte bezeichnet, die zu sehr den armen Mann treffe. Zur Gegenüberstellung, daß man werde man ihn stets bereit finden.

Abg. v. Brandenburg: Ich habe die Pflicht, dem Hause kurz eine Erklärung abzugeben im Namen meiner politischen Freunde, damit kein Zweifel auf allen Seiten bleibe, wie die Abstimmung etwa zu stehen kommen könne, wenn das Petroleum angenommen wird oder nicht. Ich halte es für gut, daß man mit benannten Zahlen rechne. Ich erkläre Ihnen, daß meine politischen Freunde einstimmig beschlossen haben, für die Petroleumsteuer zu stimmen, und daß sie, wenn dieselbe angenommen wird, dies mit Freuden begrüßen und für viele der im Tarif gebotenen Erleichterungen und Abminderungen stimmen werden, wiewohl ich es nicht verschweigen darf, daß auch solche unter uns seien, welche, auch wenn Petroleumzoll angenommen wird, Bedenken tragen, für manche Bestimmung zu stimmen, in

der Sorge, daß das richtige Verhältnis in den Einnahmen und Ausfällen nicht aufrecht erhalten werden kann. Ich verlaße diesen Platz mit dem Wunsche, daß die Herren der national-liberalen Partei sich die Sache noch einmal überlegen möchten, und mich verläßt die Hoffnung nicht, daß der Abg. Vasker, wenn er die Sache recht in's Auge faßt, ein Votum für die Petroleumsteuer wird abgeben können und sich dabei bewußt werden, daß der größte Mann der ist, der sich selbst überwindet. (Heiterkeit.)

Nach einigen Worten des Abg. Schleiden gegen die Steuer erklärt der Bundeskanzler Graf Bismarck: Ich bin zwar nicht in der Lage, im Namen des Zollbundesraths zu sprechen; Sie können nicht verlangen, daß der Bundesrath jeder Eventualität Ihrer Entschlüsse mit einer Aenderung seiner Entschlüsse Folge. Die Anträge des Zollbundesraths liegen Ihnen vor in der Gestalt der Vorlagen, und wenn Sie Beschluß gefaßt haben, wird es Sache des Bundesraths sein, darüber zu beschließen. Ich kann deshalb heute nur als Organ des Bundespräsidenten die Absicht darlegen, nach welcher dasselbe zu verfahren einschließen ist. Ich glaube, daß unsere Zollgesetzgebung sich dahin ausbilden sollte, daß sie dem Ideal reiner Finanzzölle nachstrebt. Zu diesem rechne ich primo loco das Petroleum. Es ist daselbst lange nicht so notwendig, wie Brod, Salz und Fleisch; eine mäßige Steuer auf Petroleum stellt einen guten Ertrag in Aussicht. Das Petroleum bildet die eigentliche Grundlage für den Finanzzoll. Ich werde immer von einem gewissen Bedauern erfüllt, wenn ich die vielfachen Klagen hier höre, daß dem armen Mann sein Licht, sein Tabak verkauert werde, wenn ich diese Klagen aus demselben Munde höre, der an einem andern Orte sein „Ja“ zur Besteuerung von Wehl, Brod u. d. gl. ganz ohne Gewissensbisse ausspricht. Es schwebt mir jedesmal ein harter Ausdruck auf der Zunge, wenn ich solche Klagen höre. Für das Einschlagen der von mir bezeichneten Richtung ist es das erste Erforderniß, daß Sie uns diejenigen Objekte, welche dazu geeignet sind, bewilligen, damit wir dahin kommen, andere wesentliche Objekte von der Steuer zu befreien. Aus diesem Gesichtspunkte erlaube ich mir hier zu erklären, daß jede Tarifänderung, welche von einer Bewilligung des Petroleumzolls nicht begleitet sein würde, die Zustimmung des Präsidiums, welche verfassungsmäßig notwendig ist, nicht erhalten wird.

Nachdem Abg. v. Wedemeyer für den Antrag v. Brandenburg gesprochen, ergreift das Wort.

Abg. Vasker: Auch er wolle ein Zollsystem, gegründet auf reine Finanzzölle, auch er habe die Steuer auf Brod, Fleisch, Salz u. d. gl. bei jeder Gelegenheit bekämpft, während sie von ganz anderer Seite vertheidigt wurde. Wäre der Hr. Bundeskanzler nicht durch wichtige Geschäfte verhindert gewesen, den Verhandlungen des Zollparlamentes beizuwohnen, so würde er wissen, daß das Mittel für den armen Mann nicht ins Feld geführt worden sei. Sotwohl er, wie seine Freunde, die heute gegen die Petroleumsteuer stimmen werden, hätten durch nichts auf sich wirken lassen, als durch den einen Umstand, daß sie mit dem Bundeskanzler zu rationalen Finanzzöllen kommen wollten; weil Petroleum aber irrational sei, darum werde er dagegen stimmen.

Die Diskussion wird geschlossen und nach einer persönlichen Bemerkung des Grafen Bismarck gegen den Abg. Vasker wird zur Abstimmung über den Antrag v. Brandenburg geschritten. Dasselbe erfolgt namentlich. Das Resultat der Abstimmung ist (wie bereits gemeldet) die Ablehnung des Antrages (also der Petroleumsteuer) mit 157 gegen 111 Stimmen.

Das Tarifgesetz selbst wird nach kurzer Debatte, unter Ablehnung eines Antrags von Fries (Weimar), ohne Abänderung bei namentlicher Abstimmung mit 139 gegen 129 Stimmen angenommen.

Berlin, 22. Juni. Bei der Schlussfeierlichkeit der beiden Parlamente im Weißen Saale des Königl. Schlosses waren etwa 100 Mitglieder beider Körper anwesend. Beim Eintritt des Königs brachte Präsident Simon ein Hoch aus. Der König verlas die Rede, mit welcher das Zollparlament geschlossen wurde. Graf Bismarck verkündete darauf den Schluss desselben. Nach einem weiteren Hoch auf den König, ausgebracht durch den bayerischen Gesandten zum Zollbundesrath, traten die Mitglieder des Zollbundesraths und des Zollparlamentes in den Hintergrund des Saales. Graf Bismarck überreichte alsdann dem König die Reichstags-Schlussrede. Bei Verlesung derselben durch den König applaudirte die Versammlung die Stellen, in welchen der Militärkonvention mit Baden und des Königl. Besuchs des Kriegshafens am Jadebusen erwähnt wird. Graf Bismarck erklärte hierauf die Session des Reichstags für geschlossen. Zuletzt brachte noch der sächsische Bundeskommissar Weinlig ein Hoch auf den König aus.

Die Rede, womit das Zollparlament geschlossen wurde, lautet:

Geehrte Herren vom deutschen Zollparlamente! Ihrer angestregten Thätigkeit ist es gelungen, die Beratung der Ihnen von den verbündeten Regierungen gemachten Vorlagen in kurzer Zeit zu Ende zu führen. Die Handelsverträge mit der Schweiz und mit Japan haben Ihre Zustimmung erhalten. Die Einmüthigkeit, mit welcher dieselbe ertheilt ist, beweist, daß Sie in diesen Verträgen, deren einer die auf nachbarlichen Verhältnissen beruhenden Beziehungen des mannigfachen Verkehrs zu erleichtern bestimmt ist, während der andere für die Schifffahrt und den Handel im fernem Osten eine breitere Grundlage schafft, weitere Fortschritte in der Ausbildung der internationalen Beziehungen des Zollvereins erkannt haben. Mit nicht minderer Einmüthigkeit haben Sie den Vereins-Zollge-

setzen und den damit in Verbindung stehenden Gesetzen über den Schutz der Zollgrenze im Hamburger Freihafengebiete Ihre Genehmigung gegeben. Die von Ihnen beschlossenen Abänderungen beider Gesetze haben die Zustimmung des Bundesraths gefunden. Es hat den verbündeten Regierungen zu lebhafter Befriedigung gereicht, sich mit Ihnen sowohl über die Richtungen, in welchen die Zollgesetzgebung des Vereins der Reform bedurfte, als über die Mittel, durch welche diese Reform zur Ausführung zu bringen ist, durchweg im vollen Einverständnis zu finden. Ich hoffe, daß das wichtige organische Gesetz, welches an die Stelle einer dreißig Jahre alten Gesetzgebung zu treten bestimmt ist, in befriedigender und dauernder Weise die Anforderungen vermittelt werde, welche die rasche und vielseitige Entwicklung des Verkehrs und die finanziellen Interessen des Vereins an die Zollverwaltung zu stellen haben.

Die Aenderung, welche Sie aus Rücksicht auf eine für die wirtschaftlichen Verhältnisse des Vereins in hohem Grade wichtige Industrie in dem Gesetze über die Besteuerung des Zuckers beschloffen haben, entfernen sich nicht von den Gesichtspunkten, welche die verbündeten Regierungen bei Vorlegung des Gesetzes im Auge hatten. Die Besteuerung des Zuckerverbrauchs im Ganzen wird eine Ermäßigung, und die Einnahme des Vereins aus diesem Verbrauche wird eine Erhöhung erfahren, welche einen Theil der in den letzten Jahren durch zahlreiche Zollbefreiungen und Ermäßigungen veranlaßten Einnahmehausfälle decken wird.

Die Revision des Vereinszolltarifs ist zu meinem Bedauern nicht zum Abschluß gelangt. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Verschiedenheit der Meinungen über die finanziellen Aufgaben des Vereins, welche diesen Abschluß verhindert haben, mit der Zeit ihre Ausgleichung finden werde, und ich entlasse Sie, Geehrte Herren, mit dem Wunsche und der Zuversicht, daß auch in diesem Jahre Ihre Vereinigung dazu beigetragen habe, das Band zu befestigen, welches die gemeinsamen Institutionen um alle deutschen Länder knüpfen.

Zum Schluß der Session des Reichstags verlas Se. Maj. der König folgende Rede:

Geehrte Herren vom Reichstag des Norddeutschen Bundes! Sie stehen am Schluß einer Session voll angestregter Thätigkeit, deren Ergebnisse für Fortbildung der Bundesverhältnisse und für die Entwicklung der Wohlfahrt Norddeutschlands segensreich sein werden. Durch das Wahlgesetz für den Reichstag ist die Bildung der Volksvertretung des Norddeutschen Bundes auf der Grundlage der Verfassung endgiltig und gleichmäßig geregelt.

Der Entwurf einer Gewerbeordnung ist von Ihnen mit der eingehenden Sorgfalt beraten worden, welche der Wichtigkeit und Vielseitigkeit seines Inhalts entsprach. Nachdem der Bundesrath Ihren Beschlüssen seine Zustimmung ertheilt hat, ist durch allseitiges Entgegenkommen in den zahlreichen Einzelheiten, welche zu Meinungsverschiedenheiten Veranlassung geben konnten, ein Wert zu Stande gebracht, welches der freien Bewegung gewerblicher Thätigkeit neue, und der gesammten Bevölkerung des Bundesgebietes gemeinsame Bahnen eröffnet.

Die Uebereinstimmung der Heereseinrichtungen im Norddeutschen Bunde und im Großherzogthum Baden hat den Abschluß eines Vertrags gestattet, welcher durch Herstellung der militärischen Freiwilligkeit zahlreichen Angehörigen des Bundes sowie des Großherzogthums Baden wesentliche Erleichterungen in der Erfüllung ihrer Wehrpflicht darbietet.

Die von Ihnen genehmigten Postverträge mit Schweden, den Niederlanden, Italien, dem Kirchenstaat und Rumänien bilden eine werthvolle Ergänzung der Verbesserungen des internationalen Postverkehrs, welche sich an die Reformen unserer Postanstalten angeschlossen haben. Eben so sind den mit Italien und der Schweiz abgeschlossenen Handelsverträgen die von Ihnen genehmigten Literatur- und Konsular-Konventionen ergänzend hinzugefügt.

Das Gesetz über die Beschlagnahme der Arbeits- und Dienstlöhne hat in der von Ihnen beschlossenen Fassung die Zustimmung der verbündeten Regierungen erhalten. Das Gesetz über die Gewährung der Reichshilfe bezeichnet einen entscheidenden Schritt zur Erfüllung einer verfassungsmäßigen Aufgabe des Bundes, deren vollständige Lösung durch die Arbeiten zur Herstellung der gemeinsamen Zivil- und Strafprozessordnung und des allgemeinen Strafrechtsbuchs erstrebt wird.

Die Erhebung der deutschen Wechselordnung und des deutschen Handelsgesetzbuchs zu Bundesgesetzen, und die Errichtung eines obersten Gerichtshofes für Handelsachen sichern die einheitliche Fortentwicklung des den Bundesangehörigen früher schon thatsächlich gemeinsamen Handelsrechts.

In dem Ober-Handelsgericht begrüße Ich zugleich eine Erweiterung der Bundeseinrichtungen, welche eine neue Bürgschaft dafür gewährt, daß der Norddeutsche Bund die gemeinsamen Institutionen, deren er zur Erfüllung seiner nationalen Aufgaben bedarf, zu schaffen und auszubilden wohl befähigt ist, wenn das bundestreue Zusammenwirken der Regierungen unter sich und mit der Volksvertretung von gegenseitigem Vertrauen getragen wird.

Der aus Ihrer Initiative hervorgegangene Gesetzentwurf betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung begegnete den übereinstimmenden Absichten des Bundesraths und hat dessen Zustimmung gefunden. Die Umwandlung der in einzelnen Bundesstaaten bestehenden Stempelabgaben für Wechsel in eine Bundessteuer vollendet durch Befreiung der mehrfachen Besteuerung der im Bundesgebiete umlaufenden Wechsel die Einheitlichkeit des Verkehrsgebietes und sichert ebenso wie das Gesetz über die Portofreiheiten dem Bund eine Steigerung seiner eigenen Einnahmen. Beide Gesetze bedingen aber eine der Erweiterung der Bundeserinnahmen gleichkommende Beschränkung der den Bundes-

regierungen zu Gehobten Mittel und führen deshalb nicht zu einer wirksamen Ermäßigung der Matrifularbeiträge.

Ueber anderweite von den verbündeten Regierungen zur Verminderung der Matrifularbeiträge vorgeschlagene Maßregeln ist zu Meinem Bedauern eine Einigung nicht erzielt worden. Es wird daher zunächst den Landesvertretungen die Aufgabe zufallen, die Ausfälle durch Bewilligung solcher Abgaben zu decken, welche der Gesetzgebung der Einzelstaaten unterliegen. Durch die Genehmigung des Bundeshaushalts-Etats und der Erweiterung der Marineanleihe haben Sie dem Bunde die zur Erfüllung seiner Aufgabe im nächsten Jahre nötigen Mittel gesichert und zugleich der Durchführung des Planes für die Entwicklung der Bundesmarine die finanzielle Gewährleistung für die Zukunft gegeben.

Vor wenigen Tagen war Ich Zeuge der nahezu erreichten Vollendung des ersten deutschen Kriegshafens, eines Denkmals, welches vor Europa die Thatkraft und Einigkeit bezeugt, mit welcher deutscher Fleiß in dreizehnjährigem Kampfe den Elementen die Erfüllung einer großen nationalen Aufgabe abgerungen hat.

In der lebendigen und werththätigen Theilnahme, mit welcher die Bevölkerung der deutschen Küstengebiete die Entwicklung des Bundes in der Richtung unserer maritimen Interessen begleitet und fördert, habe Ich mit freudiger Genugthuung den Ausdruck des nationalen Bewußtseins erkannt, welches mit wachsender Kraft alle Theile des gemeinsamen Vaterlandes durchdringt und die Kräfte, welche wir in der Bundesverfassung gemeinschaftlich gelegt haben, zur Entwicklung bringt. Gern gebe Ich Mich daher der Zuversicht hin, daß die verbündeten Regierungen in ihrem Streben nach Befestigung und Vervollkommen der gemeinsamen Einrichtungen auch ferner die Ermuthigung finden werden, welche ihnen bisher die entgegenkommende Förderung ihrer Bemühungen von Seiten des Reichstags gewährte.

Das einmüthige Zusammenwirken der verbündeten Regierungen und der Volksvertretung in den ihnen obliegenden gemeinsamen Arbeiten an Deutschlands Wohlfahrt wird mit Gottes Hilfe auch ferner wie bisher die Zuversicht stärken, mit welcher Deutschland auf die Erhaltung und Befestigung seines inneren wie seines äußeren Friedens rechnet.

In dieser Zuversicht meine Herren, spreche ich die Hoffnung aus, Sie im nächsten Jahre und zwar bald nach dem Beginn desselben, an dieser Stelle wieder zu begrüßen.

**Berlin, 22. Juni.** Se. Maj. der König vollzog heute Nachmittag um 3 Uhr im weißen Saale des königl. Schlosses die feierliche Schließung des Zollparlaments und des Norddeutschen Reichstages. In beiden Thronreden werden die Ergebnisse der Verständigung zwischen den Regierungen und den beiden parlamentarischen Versammlungen mit lebhafter Anerkennung hervorgehoben, während der Ausdruck des Bedauerns über manche Resultatlosigkeit die vorhandenen Differenzen auf milde und schonende Weise berührt. Die gestrige Sitzung des Zollparlaments hat noch einen Ausgleichungserfolg gebracht, der unter den obwaltenden Verhältnissen gar nicht mehr erwartet wurde. Bekanntlich ist in derselben durch die schließliche Ablehnung des früher angenommenen Lascher'schen Zusatzartikels noch das Zustandekommen des Zuckersteuer-Gesetzes ermöglicht worden.

Der Kultusminister v. Müller hat sich gestern in Begleitung des Geh. Ob.-Reg.-Raths Schnerker nach Düsseldorf begeben, um der am 22., 23. und 24. d. M. stattfindenden Feier des fünfzigjährigen Jubiläums der dortigen Kunstakademie beizuwohnen. Aus Anlaß dieser Feier wurden vom König mehrere Ordens- und andere Ehrenauszeichnungen verliehen. So haben erhalten: der Direktor a. D. Wendemann den Kronen-Orden 2. Klasse; der Professor A. Udenbach den Kronen-Orden 3. Klasse; die Professoren J. Keller, G. Deger, R. Jordan, W. Camphausen und Scheuren, sowie der Maler L. Knaus den Rothen-Adler-Orden 3. Klasse mit Schleife. Andern Lehrern und Mitgliedern der Akademie ist theils die vierte Klasse eines dieser Orden oder der Professortitel verliehen.

Ein Münchener Blatt behauptet, die bekannten Vorschläge des königl. bayerischen Ministerpräsidenten Fürsten v. Hohenlohe in Betreff des Konzils seien durch eine überwollende Indiskretion aus preussischen Regierungskreisen an die „Kölnische Zeitung“ zur Veröffentlichung gelangt. Augenscheinlich ergibt aber die ganze Art der betreffenden Mittheilung des Kölner Blattes, daß ihm dieselbe schwerlich aus Berlin zugekommen ist. Hier haben die Eröffnungen des Fürsten Hohenlohe nichts weniger als eine ungünstige Aufnahme gefunden. Man erachtet in hiesigen politischen Kreisen eine Verständigung der deutschen Regierungen über ihr Verhalten zu dem Konzil für durchaus wünschenswerth.

#### Oesterreichische Monarchie.

**Wesht, 21. Juni.** (R. Fr. Pr.) Der Primas und die Erzbischöfe von Kalocsa und Erlau langten heute hier an und hielten sofort eine Konferenz in Angelegenheit des katholischen Kongresses ab.

#### Italien.

\* **Florenz, 21. Juni.** Die „Offizielle Ztg.“ bepricht heute die Zurückziehung der Finanzverträge. Der Finanzplan der Regierung — sagt sie — sei nicht verändert worden. Die erwähnten Verträge lieferten dem Budget 400 Millionen, welche bestimmt waren, den ersten Defizit zu beugen und die Staatsschuld gegen die Bank zu vermindern. Sie führten so zur Aufhebung des Zwangskurses. Diese Resultate werden durch die Zurückziehung der Verträge nicht kompromittirt werden. Letztere werden in der Weise modifizirt werden, daß gewisse Einwendungen vermieden werden, die sich im Komitee geltend gemacht haben und daß eine größere Anzahl von Zustimmungen erfolgen werden. Sie sollen in der nächsten Session neu vorgelegt werden. Das Endziel der Regierung wird immer dasselbe sein: die Abschaffung des Zwangskurses und das Gleichgewicht des Budgets. Von dem Wunsch durchbrungen, dies Ziel zu erreichen, wird die Regierung sich durch kein Hinderniß aufhalten lassen. Der Unterstützung des Landes und der Majorität des Parlaments sicher, wird die Regierung zu verhindern wissen, daß man durch gewaltsame und aufrührerische Mittel veruche, ihren Bestrebungen in den Weg zu treten.

\* **Florenz, 22. Juni.** Der Abg. Lobbia und General Ciadini befinden sich besser. Der König ist gestern wieder nach Florenz zurückgekehrt. Se. Maj. hat Hr. Gualterio nach Spezia geschickt. Der „Corresp. Ital.“ zufolge haben vorgestern in Neapel und in Turin etwa 100 Individuen eine Demonstration zu machen versucht. Durch die Verhaftung der Hauptanführer wurden größere Unordnungen verhindert.

#### Frankreich.

\* **Paris, 22. Juni.** Dem „Journ. off.“ zufolge wurden der Kaiser und der kaiserliche Prinz gestern im Lager von Chalons mit Begeisterung empfangen. In ihrem Gefolge befinden sich u. A. der Kriegsminister Marschall Niel und die Generale Fleury, Donay, Lepic, Frossard.

Dem „Public“ zufolge hält die französisch-belgische Kommission heute eine Sitzung zur Berathung der letzten, belgischer Seite gemachten Vorschläge. — Dem Staatsrath liegt zur Zeit die Frage zur Berathung vor: daß fortan nicht nur die „notabeln“, sondern alle Kaufleute an der Wahl der Handelsrichter theilnehmen sollen.

Der „Patrie“ zufolge werden sich der Kaiser und die Kaiserin nächsten Sonntag nach Beauvais begeben. — Rente 70.35, ital. Anl. 56.70.

#### Spanien.

\* **Madrid, 22. Juni.** Die „Madrid. Ztg.“ veröffentlicht das Gesetz, welches das Kontingent des Jahres 1869—70 auf 80,000 Mann festsetzt. Hr. Gomez-Pulido ist zum Generalkapitän von Alt-Castilien ernannt worden. Die Cortes beginnen heute die Diskussion der Artikel des Einnahme-Budgets.

#### Belgien.

**Brüssel, 21. Juni.** Der Senat ist auf übermorgen Nachmittag 2 Uhr zusammenberufen. In Verviers ist heute der Kandidat der Fortschrittspartei, Pireme, mit 517 gegen 431 Stimmen zum Provinzialrath gewählt worden. Die Minorität stimmte für den Kandidaten der liberalen Association Flechet.

**Brüssel, 22. Juni.** Die Kaiserin Charlotte wird sich demnächst nach den Bädern von Luchon begeben, von deren starker Gebirgsluft und heilkräftigen Wassern man einen günstigen Einfluß auf den Zustand der hohen Kranken hofft.

#### Dänemark.

**Kopenhagen, 21. Juni.** Der Gesandte der Union, Yeaman, bleibt auf dem hiesigen Posten; sein anfänglich designirter Nachfolger Andrews wird Gesandter der Union in Stockholm.

#### Großbritannien.

\* **London, 21. Juni.** Die Ueberraschung, mit welcher am Morgen des verwichenen Sonnabends das Ergebnis der Abstimmung über die irische Kirchenbill im Oberhause vernommen wurde, findet ihren Ausdruck in sämtlichen Wochen- und Tagesblättern. Aber auch selbst abgesehen von dem Unerwarteten, was in einem solchen Ausgange lag, hatte das Resultat an sich viel Bemerkenswerthes. Zunächst war die Zahl der zur Abstimmung schreitenden Lords so groß, wie seit langer Zeit nicht mehr. Im vergangenen Jahre, als die zur heutigen Kirchenvorlage einleitende Suspensory-Bill verworfen wurde, nahmen nur 285 Peers an der Abstimmung Theil, und für diese Bill gaben nur 97 ihr Votum ab, so daß auf der andern Seite 188 Stimmen gegen dieselbe fielen. Schon damals sprach man von starker Theilnahme, und die Zahl 325 der bei der letzten Abstimmung erschienenen Lords tritt daher um so mehr in den Vordergrund, als 176 für die zweite Lesung stimmten und somit die Liberalen gegen vergangenes Jahr 82 Stimmen eingebracht haben. Die Sache erklärt sich so, daß für die Vorlage 82 Stimmen gewonnen wurden und den Gegnern 46 Stimmen abgefallen waren. Von denjenigen, die im vorigen Jahre mit den Konservativen gingen, standen dieses Mal 26 auf Seiten der Regierung und 60, die damals nicht zugegen waren, erschienen, um ihre Stimmen mit in die Waagschale zu werfen. Gleichzeitig waren 47 Mitglieder der Majorität gegen die Suspensory-Bill am Sonnabend abwesend und 27 andere hatten sich an ihrer Stelle eingefunden. Die Erzbischöfe von Canterbury und York und der Bischof von Exeter enthielten sich der Abstimmung, und der einzige Prälat, der überhaupt für die Bill stimmte, war der Bischof von St. Davids. Der Erzbischof von Dublin und 14 andere Bischöfe befanden sich unter den Gegnern. Von den weltlichen Peers nahmen die Herzoge von Richmond und Wellington und die Earls Shaftesbury und Stanhope an der Abstimmung nicht Theil. Carl Grey und Lord Westbury stimmten für zweite Lesung. Erwähnenswerth ist noch, daß während der letzten 20 Jahre die Konservativen nur zweimal eine Niederlage bei einer Parteistimmabstimmung des Oberhauses erlitten haben: das eine Mal war im Jahr 1857, wo Lord Derby's Misstrauensvotum gegen Lord Palmerston mit 36 Stimmen Majorität fiel; die jetzige Abstimmung mit 33 Stimmen Mehrheit war das zweite Beispiel.

Was die Berathung der Vorlage im Komitee des ganzen Hauses anbetrifft, so ist dieselbe auf morgen anberaumt, und die liberalen Blätter, die dem Oberhause ohne Ausnahme eine formelle Standrede des Lobes für seine Nachgiebigkeit halten, legen in Betreff des weiteren Schicksals der Bill große Zuversicht an Tag.

\* **London, 22. Juni.** Nachrichten aus Yokohama vom 29. Mai besagen, daß der Mikado in Jeddo eingetroffen war. Der Admiral Enomato hatte den Norden der Insel besichtigt, um einer eventuellen Angriff des Mikado abzuwehren. Sein Versuch, den Monitor „Stonewall“ zu nehmen, war fehlschlagend.

#### Amerika.

\* **Neu-York, 20.** Der Präsident nebst seinen Begleitern bleibt bis morgen Abend bei Hr. A. L. Stewart zu

Gaste. — In San Francisco sind während der vergangenen Woche nahezu 2000 Chinesen eingetroffen. — Eine große Anzahl Gewerksvereine in allen Theilen des Landes haben unlängst weiße Mitglieder aus ihrem Verbaude ausgestoßen, weil sie mit Negern zusammen gearbeitet hatten.

\* **Washington, 19. Juni.** (Kabeltelegramme.) General Canby hat angeordnet, daß alle in die Staatslegislatur von Virginien gewählten Mitglieder den Eideid ablegen müssen. — Der Generalanwalt Hoar hat sich billigen über die unlängst gemeldete Verhaftung der kubanischen Revolutionsjunta in Neu-York ausgesprochen. In Baltimore und Richmond sind mehrere Werber der Insurgenten verhaftet worden. — Senator Ramsey hat sich nach Paris begeben, um Verhandlungen bezüglich eines neuen Postvertrags zwischen den Verein. Staaten und Frankreich anzuknüpfen.

\* **Washington, 21. Juni.** Mehrere Schwarze sind in die Liste der Geschworenen des Zuchtpolizeihofs eingetragen worden. Der General Sherman hat den Offizieren der Südmee anbefohlen, den Steuereinnehmern Beistand zu leisten, im Falle diese auf Widerstand stoßen sollten. Zahlreiche Indianer haben Kolonisten überfallen, welche beschäftigt waren, Grundstücke abzustechen, wurden aber mit einem Verlust von 10 Todten zurückgeschlagen.

#### Bermischte Nachrichten.

— **München, 22. Juni.** (Bayr. Bl.) Bezirksbergämter werden mit dem 1. Juli errichtet zu München für Oberbayern, Niederbayern und Schwaben; zu Zweibrücken für die Pfalz und zu Bayreuth für die übrigen Provinzen. Ein Oberbergamt wird zu München errichtet.

— **Graz, 21. Juni.** Unter massenhafter Volksbetheiligung fand heute die feierliche Ueberführung der Leiche des Erzherzogs Johann nach Tirol statt. Graf Meran spendete aus diesem Anlaß dem Bürgerhospital die Summe von zehntausend Gulden.

— **Wesht, 21. Juni.** In dem heute verhandelten Prozeß wegen der Dabaser Wahlzettel wurde u. A. ein Pfarrer zu anderthalb Jahren Gefängniß verurtheilt.

— **Aus Griechenland** wird von den schönsten Ernte-Aussichten berichtet. Die Schauern fassen schon das schon geerntete Getreide, und die Olivenbäume versprechen das Beste. Auch die Korinthen und Weintrauben gedeihen ausgezeichnet.

\* **London, 21. Juni.** Die erste Aufführung der Oper „Hamlet“ von Ambrose Thomas hat im Coventgarden Theatre vor ausverkauftem Hause stattgefunden. Die Aufführung war eine ausgezeichnete und hatte Hr. Santley, wie auch zumal Fräulein Wilson, ungetheilten Beifall. Ueber die Oper selber lautet die Kritik nicht gerade sehr günstig.

#### Badische Chronik.

##### \* Aus den Berichten der Landeskommissäre.

##### II.

Ueber die Grundlagen des öffentlichen Wohlstandes. (Schluß.)

Ohne Zweifel wird das Streben nach Auffindung weiterer, für unser Land geeigneter Handelspflanzen nicht erfolglos bleiben. Einstweilen darf jedoch die Frage nicht umgangen werden, was andernfalls und unter der Voraussetzung einer Fortdauer ungunstiger Verhältnisse für die wichtigsten seitherigen Handelspflanzen, geschehen müßte, um auch einer wachsenden Bevölkerung die Mittel zur Befriedigung nicht nur ihres gegenwärtigen, sondern sogar noch eines steigenden Lebensbedarfs zu gewähren? und die Antwort kann nur lauten: die Industrie.

Ein ähnliches Vorurtheil, wie das Eingangs dieser Artikel erwähnte, hält Industrie und Massenelend für gleichbedeutende, wenigstens für stets neben einander herlaufende Dinge. Dies beruht aber auf einer falschen, wenn auch durch eine Reihe bestehender Verhältnisse veranlaßten und gestützten Anschauung. Richtig ist, daß die moderne Industrie in ihrer sprungweisen Entfaltung einen ansehnlichen Theil des zur Zeit vorhandenen Arbeiterelends unmittelbar verursachte; richtig ist ferner, daß eine gedrückte Lage des Arbeiterstandes — und zumal eine moralisch gedrückte — die Tendenz zu immer weiterer Ausbreitung hat. Von Haus aus ist aber nichts verkehrter, als Industrie und schlechte Lage der arbeitenden Klassen für notwendige Wechselwirkungen zu halten. Allerdings kommt es vor, daß irgendwo ein Industriezweig der sehr billigen Arbeitslöhne wegen sich ansiedelt; aber an diesen schlechten Arbeitslöhnen ist dann doch die Industrie nicht schuld, sie findet dieselben nur vor und hat nach das Verdiennt, den Leuten wenigstens Arbeit zu geben, wenn auch nur zu diesem schlechten Preise. Niedrige Arbeitslöhne sind an sich ja weiter nichts als ein Beweis, daß die Leute in der betreffenden Gegend auch zu so niedrigem Lohne die Arbeit noch gerne annehmen, und unter solchen Umständen ist doch die Einbürgerung eines Industriezweigs in dieser Gegend sicherlich eine Wohlthat für dieselbe gewesen. Nur dann wird die Wohlthat sich in ihr Gegentheil verkehren, wenn die arbeitende Klasse nicht im Stande ist, am allgemeinen Fortschritte theilzunehmen, weil dann jene Tendenz auf immer weitere Herabdrückung und schließlich auf Erzeugung jener physisch und moralisch verkommnen, unheimlichen Massen eintritt, wie sie den schlechtesten Theil des „Fabrikproletariats“ bilden. Nun fehlt es ohne Zweifel im badischen Lande nicht an Gegenden, wo ein reichliches Material für solche Arbeitskraft, d. h. für Arbeitskraft mit der Neigung auf Herunterkommen statt auf Emporkommen, vorhanden wäre; es wird dies überall da der Fall sein, wo schon der landwirtschaftliche Fortschritt die träge Gewöhnung kaum zu überwinden vermag, wo man die Schulen eigentlich nur für nothwendige Uebel ansieht oder doch jedenfalls ein reiches Spital und Almschulhaus für nützlicher hält — von Gegenden mit tief eingewurzelttem Bettel, wie sie auch vereinzelt bei uns vorkommen, ganz zu schweigen. Wenn in solche Gegenden die Industrie

Kommt und dann die Demoralisation in erschreckendem Maß-  
stabe wächst, so beschuldige man die Industrie nicht; sie bringt  
das vorhandene Uebel nur zum Ausbruch und trägt, wenig-  
stens sehr häufig, die Mittel zur Heilung in sich. Wo aber  
die Ansprüche von Haus aus hoch sind und dabei die Tendenz  
auf sittlichen und materiellen Fortschritt, auf größere Leistungs-  
fähigkeit und größeren Lebensgenuss, dabei auf wachsende Ein-  
sicht und überhaupt auf Veredlung aller öffentlichen Zustände  
gerichtet ist, da wird die Einführung eines passenden Indus-  
triegesetzes stets von reichem Segen begleitet sein.

Die praktischen Erfahrungen in unserem Lande beweisen  
die Richtigkeit dieser Auffassung. Wir haben einen großen  
Fabrikdistrikt, das Wiesenthal, und außerdem drei Städte,  
welche ausschließlich oder doch in hohem, stets zunehmendem  
Grade als Fabrikstädte zu bezeichnen sind: Pforzheim, Lahr  
und Freiburg. Von kleineren Städten, wie Zell, Hornberg  
u. A., sehen wir ab. Außerdem haben wir einen eigentüm-  
lichen, über ein großes Gebiet sich erstreckenden Industrie-  
zweig, die Uhrenfabrikation des Schwarzwaldes. Nun wird  
wohl Niemand behaupten wollen, in einem dieser Fälle sei mit  
der Industrie ein Unsegen verbunden; sie alle liefern viel-  
mehr den Beweis, daß unter sonst gesunden Umständen Indus-  
trieblüthe gleichbedeutend ist mit allgemeinem öffentlichem  
Gedeihen. Auch die Berichte bestätigen dies durch alle vier  
Jahre hindurch so vollständig wie möglich. Nicht nur daß  
schlechter Stand des Geschäfts sich nach allen Seiten hin ma-  
teriell fühlbar macht, was sich am Ende von selbst versteht;  
sondern die ganze öffentliche Entwicklung, die Gründung ge-  
meinnütziger Anstalten, das Schulwesen, in gewissem Sinne  
auch die öffentliche Sittlichkeit steigen sofort in merklicher  
Weise, sobald die Lage der Industrie sich bessert. Es ist auch  
nichts natürlicher wie dieses, denn eine gebundene Industrie be-  
darf nichts dringender als möglichst tüchtiger Arbeitskräfte.  
Wenn z. B. die Beförderung in der Lage der Pforzheimer Gold-  
waren-Fabrikation alsbald dazu führte, daß mit verdoppeltem  
Eifer am Lehrlingsunterricht und Seitens der Arbeiter selbst  
an ihrer Weiterbildung gearbeitet wurde, daß an der Gewer-  
schule alsbald die Anstellung eines neuen Zeichenlehrers er-  
folgte und alle Anstalten zur Förderung des Arbeiterwohls  
einen neuen Aufschwung nahmen, so sind dies eben Kennzei-  
chen gesunder, sich fortentwickelnder und einer immer höheren  
Produktionsstufe entgegenstrebender Zustände.

Man beklage es demnach nicht, sondern erkenne darin ein  
erfreuliches Zeichen des naturgemäßen Fortschrittes, wenn die  
Industrie in ihren verschiedensten Formen sich mehr und mehr  
über das ganze badische Land ausbreitet. Kaum ein Amtsbezirk,  
aus dem nicht alljährlich von Gründung neuer Etablisse-  
ments berichtet würde: seien dies nun Anlagen behufs einer  
immer weitergehenden Veredelung der eigenen Produkte oder  
immer zweckmäßigerer Verarbeitung derselben, oder solche,  
welche mit den Landesprodukten in keiner unmittelbaren Be-  
ziehung stehen. Eine ganze Reihe neuer Industriezweige sind  
aufgetaucht, andere haben sich gewaltig ausgebreitet, oder an-  
dere Bahnen eingeschlagen, neue Methoden eingeführt, neue  
Absatzwege gesucht. Die Zahl der eingegangenen Fabriken ist  
von Jahr zu Jahr eine überaus geringe; daß ein ganzer In-  
dustriezweig eingegangen wäre, ist nicht vorgekommen.

Von den weitverbreiteten, besonders für den Schwarzwald  
so wichtigen Hausindustrien gilt im Allgemeinen das näm-  
liche. Käßlerer, Bürstenbinderer, Strohflechterer u. s. w. be-  
haupten sich und haben Aussicht auf Dauer. Ob es dagegen  
gelingen wird, die Strohflechterer in lebenskräftiger Weise in  
den Oberrhein zu verpflanzen, ist noch zweifelhaft; der Lohn  
ist ein überaus geringer, so daß diese Art Hausindustrie nur  
zur Ausfüllung müßiger Stunden benutzt, nicht aber zur  
ausschließlichen Grundlage des Lebensunterhalts gemacht  
werden kann, und außerdem bieten die Beschaffung des Ma-  
terials und der Absatz gewisse Schwierigkeiten. Der Ver-  
such, in einigen armen Oberrhein-Orten die Besenbinderer  
einzuführen, ist fehlgeschlagen, da der Verdienst selbst dieser  
dürftigen Bevölkerung als ein zu geringer erschien. Die in  
einigen Nennern des Seegebiets noch betriebene Weißstickerer  
nimmt aus ähnlichen Gründen mehr und mehr ab.

Es braucht wohl nicht erst darauf hingewiesen zu werden,  
daß mit Zunahme der Großindustrie auch der Hausindustrie  
sich wieder neue Bahnen öffnen. Schwieriger scheint die  
Frage, in welcher Weise wohlhabende Landbau-Distrikte zum  
Industriebetriebe übergehen sollen. Auch sind wir nicht in  
der Lage, bestimmte Vorschläge in dieser Richtung machen zu  
können; wir können nur unsere Ueberzeugung äußern, daß  
früher oder später die einsichtige, sorgsame Betriebsamkeit der  
betreffenden Bevölkerung, ihre bedeutende Kapitalkraft und  
ihre gartenmäßige Benutzung des Bodens Faktoren einer  
blühenden Industrie werden müssen. Und es dürfte besser  
sein, sich rechtzeitig mit diesem Gedanken vertraut zu machen  
und seine Verwirklichung in Angriff zu nehmen, als die  
drängende Nothwendigkeit abzuwarten, wo jene Faktoren  
vielleicht einen Theil ihres Wertes schon eingebüßt haben.

Die notwendige Vorbedingung für jeden wirtschaftlichen  
Fortschritt ist verfügbares Kapital. Nachdem wir in Obigem  
die wirtschaftliche Lage in einigen kurzen Zügen darzustellen  
suchten, tritt nun die Aufgabe an uns heran, Umschau über  
die Mittel zu halten, welche zur Verbesserung derselben vor-  
handen sind: mit andern Worten über das öffentliche Ver-  
mögen, die Fortschritte desselben durch Kapitalansammlung,  
das Kreditwesen und den Schuldenstand.

8 Aus dem Mittelrheinkreis, 22. Juni. Die Groß-  
Blinden-Erziehungs-Anstalt in Zweibrücken veröffentlicht soeben  
den Jahresbericht pro 1868/69. Nach demselben wurde die An-  
stalt in dem genannten Jahre im Ganzen von 45 Jünglingen und  
zwar von 27 Knaben und 18 Mädchen besucht. Der Konfession nach  
waren es 26 katholische und 19 evangelische Jünglinge, welche im Alter  
von 9 bis 24 Jahre sind. Seit der ins Jahr 1828 fallenden Eröf-  
nung der Blindenanstalt haben im Ganzen 178 Blinde selbst Un-  
terricht und Erziehung genossen. Das Personal der Anstalt besteht,  
außer den Religionslehrern und dem Vorsteher Hr. Steinbrecher,  
aus einem Hülflehrer, einem Arbeitslehrer, einer Industriehelferin,  
einer Wirtschaftlerin, einem Gärtner und zwei Mägden. Der Be-

richt erwähnt mit großer Befriedigung der schönen und geräumigen  
Räumlichkeiten der Anstalt, welche diese in dem zweckmäßig eingerich-  
teten früheren Freiherl. v. Hundheim'schen Schlosse in Zweibrücken  
gefunden hat und wie sich solcher kaum eine andere Blinden-Erzie-  
hungs-Anstalt in Deutschland zu erfreuen hat.

Δ Heidelberg, 23. Juni. Seit einigen Tagen befindet sich  
unsere Stadt in Folge der Abstimmung über die Einführung der  
gemischten Schule in einer feberhaften Aufregung. Zeitungs-  
artikel, Maueranschläge und Flugschriften beider Parteien erscheinen in  
rascher Folge. Auch die Kirche wurde leider in den Parteikampf her-  
eingezogen, indem der katholische Stadtpfarrer Hr. Wilm in dem  
Vormittags-Gottesdienst am letzten Sonntag eine fulminante Predigt  
gegen die gemischte Schule hielt und sich auch sonst persönlich eifrigst  
bemühte, die Stimmberchtigten für sich zu gewinnen. Am Montag  
Abend war große Versammlung der Freunde der gemischten Schule,  
und gestern fand die Abstimmung der Protestanten statt, wobei von  
etwa 1260 Stimmberechtigten 917 erschienen, von denen 909 für und  
nur 8 dagegen stimmten. Nun erschienen jubelnde Siegesberichter  
in der Presse und was als eine Art von Terrorismus entschieden mißbilligt  
werden muß, Maueranschläge machten die Namen der 8 Gegner öffentlich  
bekannt. Am höchsten steigerte sich aber die Aufregung gestern Nacht, als  
die ultramontane Partei eine Versammlung in der Klosterkirche hielt,  
wozu sie übrigens auch die Freunde der gemischten Schule eingeladen  
hätte. Schon die Debatte in der Versammlung war eine sehr lebhaft  
und die Mehrzahl der Anwesenden gehörte unseres Dafürhaltens zu  
den Liberalen, denn die Reden der Gegner, nämlich des Hrn. Stadt-  
pfarrer Wilm und des Hrn. Jakob Lindau riefen Zeichen der Miß-  
billigung hervor, während die Reden der Liberalen, Hr. Hofrath Fried-  
reich und Dr. Franz Mittermaier stürmischen Beifall fanden. Insbe-  
sondere machte es großen Eindruck, als Hr. Friedrich, beim Volke als  
Arzt ebenso hoch verehrt als beliebt, und an den politischen Kämpfen  
bisher nicht theilnehmend, sich entschieden für die gemischte Schule aus-  
sprach.

Außen vor dem Versammlungsorte war eine große Masse Menschen  
versammelt und in dieser war die Aufregung leider eine so bedenkliche,  
daß man drohende Aeusserungen gegen die Führer der ultramontanen  
Partei hörte, weshalb diese dem Vernehmen nach sich durch die rück-  
wärts gelegenen Gärten entfernten.

So eben beginnt unter ungeheurer Theilnehmung die Abstimmung  
der Katholiken, von deren nicht zu berechnendem Ergebnisse die Ent-  
scheidung der Sache abhängt, da die Israeliten morgen unzweifelhaft  
für die gemischte Schule votiren werden. (S. ob. Tel.)

Δ Mannheim, 20. Juni. Das hiesige Hoftheater hat  
gestern für das Gastspiel des Hrn. Weg und Hrn. Wallinger  
die Proben von Wagner's Meisterlingen begonnen. Bei der nächsten  
Aufführung wird die Oper ohne Auslassungen gegeben werden. —  
Gestern hatten wir ein Verbrüderungsfest der Arbeiter. Gegen  
500 zogen vom Döckler mit Musik durch die Stadt zum „Grünen  
Haus“, wo zur Deckung der Kosten ein Eintrittsgeld von 12 fr. er-  
hoben wurde. — Eine neue Sommertheater-Gesellschaft  
hat ihr Eintreffen zu Vorstellung im Badener Hofe angekündigt.

Δ Konstanz, 22. Juni. (Schwurgericht.) Unter den  
15 Straffällen, die dem Schwurgerichtshof gegenwärtig für das zweite  
Quartal vorliegen, nahm der gestern verhandelte eine größere Theil-  
nahme für sich in Anspruch. Er betraf die Anklage gegen den 42-  
jährigen Grenzauferer Stengele von Wangen wegen Mord-  
schlags, verübt an dem Kontrolirer Kaiser in Staad am  
10. April d. J. Der Fall, welcher in den Blättern f. J. schon er-  
wähnt wurde, hatte hier ein ungemeines Interesse gefunden und eine  
dichtgedrängte Zuhörerschaft in den Saal gelockt, welche den Verhand-  
lungen von Morgens 8 Uhr bis Abends 11 Uhr unausgesetzt an-  
wohnte. Präsident von Hr. Kreisgerichtsrath Ammann; die Staats-  
anwaltschaft vertrat Hr. Staatsanwalt Traub von Willingen, die  
Verteidigung Hr. Dr. Merk von hier. — Ueber das dienstliche Ver-  
hältnis zwischen dem Angeklagten und dem Getödteten wurde festge-  
stellt, daß Beide früher in einem guten Einvernehmen standen, wel-  
ches erst kurze Zeit vor dem traurigen Ereigniß gestört wurde. Es  
waren nämlich dem Kontrolirer Kaiser beschimpfende Ausdrücke hinter-  
bracht worden, die Stengele gegen ihn und andere Vorgesetzte ge-  
braucht haben sollte, was ihn veranlaßte, Tags zuvor ein Verhör  
darüber anzustellen. Dem darüber geführten Protokoll, das Stengele  
nur „aus Geforsam“ unterzeichnete, fügte er die Bitte an Großh.  
Hauptsteueramt bei, diesen im Interesse des Dienstes zu ver-  
setzen. Schon bei dieser Gelegenheit soll es zu heftigen Ausritten  
gekommen sein; daß auch Kaiser in große, andauernde Aufregung  
geriet, beweist seine am Tag des Verbrechens in Vollmattungen ge-  
machte Aussage, er sei durch einen Untergebenen so aufgebracht wor-  
den, daß er schon zwei Tage nichts gegessen habe. — Abends 8 Uhr  
begab er sich auf den Rückweg nach Staad, und traf hier, in der  
Nähe des Lammenshofs, ungefähr 20 Minuten vor Konstanz, den An-  
geklagten, der ihm vorchriftsgemäß bei jeder Begegnung Rapport zu  
machen hatte. Hier kam es zu einem Austritt, der nach Verlauf von  
2 bis 3 Minuten die That des Angeklagten zur Folge hatte. — Den  
Hergang, bei dem lediglich keine Augen anwesend waren, erzählte  
Stengele so: Kaiser sei auf ihn eingeritten und habe ihm barsch das  
Gewehr abverlangt, da er nicht werth sei, ein solches zu tragen. Als  
er sich jedoch weigerte, es herauszugeben, habe jener den Säbel gezogen  
und gedroht, ihm den Schädel zu spalten. Er sei sofort um das  
Pferd herumgegangen, um sich vor Kaiser zu retten; derselbe habe  
aber eine Schwentung gemacht und sei ihm auf's neue zu Leibe ge-  
rückt. In völliger Verwirrung habe er darauf den mit 82 Schrot  
und einer Kugel geladenen rechten Gewehrlauf abgefeuert, nicht in  
der Absicht, seinen Vorgesetzten zu tödten oder zu verwunden, sondern  
nur um ihn oder das Pferd zu schrecken und sich dadurch seines An-  
griffs zu erwehren. Das Pferd sei noch einige Schritte mit dem Rei-  
ter weitergelaufen, habe denselben aber bald abgeworfen. Er habe  
ihn, da er kein Lebenszeichen mehr gab, für todt gehalten, und sei als-  
bald nach Staad gegangen, um die Anzeige davon zu machen. Unterwegs  
seien ihm zwei Soldaten mit dem Pferd begegnet, die er zu dem Verwundenen  
schickte. Die Soldaten fanden ihn, aufgerichtet und auf seinen Säbel gestützt. Er konnte nichts mehr sprechen als  
die Worte: „O Stengele“, und „Wenn es nur nicht mehr lange geht.“  
Wenige Minuten später war er eine Leiche.

Die Zeugenaussage konnte über den Hergang selbst nichts Näheres  
schließen, sondern beschränkte sich auf die Umstände vor und nach der  
That, besonders die Gemüthsstimmung des Angeklagten. Die Haupt-  
sache war die Frage, ob Kaiser den Säbel gezogen habe. Die Staats-  
anwaltschaft ging von der gegentheiligen Ansicht aus. Weder habe  
der Kontrolirer Kaiser in einer lo diensthöflichen Weise dem Angeklagten

das Gewehr abverlangt und den Säbel ziehen, noch, dies voraus-  
gesetzt, ihn nach Empfang der tödtlichen Wunde wieder einstecken  
können. Auch habe man weder am Säbel, noch an der Scheide Spu-  
ren entdeckt, die darauf hindeuteten, daß er herausgezogen, behin-  
gesteckt worden sei; jedenfalls müßten in diesem Fall Blutstrecken zu  
bemerkten sein, da ihm ein Finger der linken Hand mit weggeschossen  
worden sei. Ueberdies habe Stengele durch seine widersprechenden  
Angaben den Anspruch auf Glaubwürdigkeit verwirkt. — Die Ver-  
theidigung machte dagegen geltend, daß man in einem solchen Fall,  
der aller Zeugen entbehre, sich nur an das Thatsächliche halten könne,  
nämlich an die Aussage des Angeklagten, die in allen wesentlichen  
Punkten mit seinen früheren Angaben übereinstimme. Da der Her-  
gang in dieser Weise nichts Unwahrscheinliches habe und sonst jedes  
Motiv des Verbrechens fehle, so seien die Geschwornen verpflichtet,  
den Fall der Nothwehr anzunehmen und ihr Nichtschuldig auszu-  
sprechen.

Den Geschwornen wurden 3 Fragen vorgelegt, über die sie, da die  
erste Beantwortung nicht hinreichend war, zweimal berathen mußten.  
Auf Grund ihres schließlichen Wahrspruches nahm der Gerichtshof  
eine vorläufige, im Affekt verübte Tödtung unter milderen Um-  
ständen an und verurtheilte den Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe  
von 8 Jahren.

+ Karlsruhe, 22. Juni. (Strafkammer.) Die Ver-  
hältnisse zwischen Hauseigentümern und Miethsbewohnern sind nicht  
immer die freundlichsten, gehen aber selten in Thätlichkeiten über, wie  
zwischen Ernst Wallinger von Pforzheim und dessen  
79-jährigem Miethsmanne Philipp Edert. Letzterer machte am 16. April  
in dem ihm als Holzhall angewiesenen Schweinfall Holz, was der  
Hauseigentümer nicht gestattete, und bei der beschlagnahmten Unter-  
redung so in die Hufe kam, daß er mit einem spitzen Prügel gegen  
den alten Mann schlug und stieß. Die Schläge trafen nicht, allein  
bei der Abwehr wurde Edert in die Hand gestoßen und ziemlich er-  
heblich verletzt, weshalb Ernst Wallinger heute der im Affekt verübten  
Körperverletzung angeklagt und zu vier Wochen Amtsgefängniß ver-  
urtheilt wurde.

Der Felbhüter Becker von Stuyserich lärmt in der Nacht  
vom 27. auf den 28. April in stark betrunkenem Zustande auf der Ortstraße  
und widersetzte sich dem Bürgermeister, sowie den zur Hilfeleistung  
herbeigeeilten Wächtern mittelst körperlicher Mißhandlung. In Be-  
rückichtigung guten Lemunds und des Umstandes, daß der Angeklagte  
in einem der Untersuchungsstadien nachkommenden Zustande war,  
wurde auf nur 4 Wochen Amtsgefängniß erkannt.

Die nämliche Strafe erhielt der Tagelöhner Klein von Rheins-  
heim, welcher seinem jüngeren Bruder mit einem Prügel den Vor-  
derarm abgeschlagen hatte. Die feindlichen Brüder hatten sich inzwi-  
schen versöhnt, der Verletzte verweigerte das Zeugniß, und der An-  
geklagte wollte dem Gerichtshof begreiflich machen, daß sich die Gerichte  
nicht weiter um diese Familienhaine zu kümmern hätten, allein er  
überließ, daß die gerichtliche Verfolgung schwerer Körperverletzungen  
durch den Antrag der Staatsbehörde bedingt ist.

Ein hiesiger Dienstmann, welcher bei Eröffnung einer Polizei-  
strafe gegen den Polizeibeamten eine unflätige Redensart gebraucht,  
wurde wegen Beleidigung eines öffentlichen Dieners mit 14 Tage Ge-  
fängniß bestraft.

Hamburg, 18. Juni. Das Hamburg-New-Yorker Post-Dampfschiff  
„Helsatia“, Kapitän Ehlers, am 8. h. M. von New-York ab-  
gegangen, ist nach einer sehr schnellen Reise von 8 Tagen 23 Stunden  
heute Morgen 1 Uhr in Plymouth angekommen, und hat, nachdem  
es daselbst die Verein.-Staaten-Post, sowie die für England be-  
stimmten Passagiere gelandet, um 3 Uhr die Reise via Cherbourg  
nach Hamburg fortgesetzt.  
Dasselbe überbringt: 212 Passagiere, 77 Briefsäcke, 1100 Tons Ladung.

### Karlsruher Bürgerabend.

Versammlung Samstag den 26. Juni Abends 8 Uhr

in der Geiger'schen Bierhalle.

Tagesordnung.

Wahl des Ausschusses.

Das provisorische Komitee.

Frankfurt, 23. Juni. — Uhr — Min. Nachm. Deffert. Kredit-  
aktien 310 1/2, Staatsbahn-Aktien 361, National —, Steuerfreie —,  
1868er Loose 85, Deffert. Valuta —, 4proz. bad. Loose —, Ame-  
rikaner 86 1/2, Gold —.

### Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Zentralstation Karlsruhe.

	Baromet.	Thermo- metr.	Wind- richtung	Wind- geschw.	Witterung.
Morgs. 7 Uhr	27° 10,4	+ 9,9	0,78	S.W.	gg. bed. windig, trüb, kühl
Morgs. 2	27° 10,8	+ 10,7	0,82	N.D.	„ „ Regen, kühl
Nachts 9	27° 11,3	+ 10,1	0,92	S.W.	„ „ trüb, kühl

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kraeplin.

### Ein viel gelestes Blatt in der bad. Preß schreibt: Der Badische Handels-Courier von Freiburg

(Organ für Handelsrecht und Handelsverkehr einschließlich des Geld-  
marktes und Staatslotterie-Geschäftes, sowie für die Arbeitsinteressen  
und Erfindungen auf allen Gebieten des Kunst- und Gewerfleißes)  
hat seine Aufgabe unter dem gegenwärtigen Titel so umfangreich erfüllt,  
daß wir ihm bestes Fortgedeihen wünschen müssen. Es sollte diese  
Wochenchrift auf keinen Compromiß fallen, so belehrend und nützlich ist  
sie für jeden Geschäftsmann; mindestens sollte sie keine bürgerliche  
Lesegesellschaft entbehren. Nicht bloß die Handelsverhältnisse, welche in  
ähnlich vorkommenden Fällen Manchen vor Schaden bewahren können,  
sind mit dem größten Fleiß und klarem Verstande bearbeitet, son-  
dern auch die übrigen, hieroben angegebenen Rubriken des Blattes,  
neben den Waaren- und Produktenspreisen der bedeutendsten Plätze  
Europas und sonstigen interessanten volkswirtschaftlichen Notizen und  
technischen Fingerzeige. Auch die Firmenregister, Geschäfts- und die  
Ziehungen der Staats-Anleihen bringt dieses Blatt in jeder Nummer,  
so daß es ein Geschäftsblatt im besten Sinne des Wortes ist. Ebenso  
läßt der reichhaltige Inseratentheil auf eine weite Verbreitung über  
die badische Grenze hinaus schließen. Der Preis, 48 fr. vierteljährlich  
mit Postaufschlag und Allem, ist bei diesen Leistungen, der hübschen  
Ausstattung und dem ziemlich großen Format immer noch ein billiger  
zu nennen.

826. In Carl Winter's Universitätsbuchhandlung in Heidelberg ist so eben erschienen:  
**Reichlin-Melbegg, Joseph, Freiherr von, Groß. bad. Geh. Reg.-Rath. Der Rastatter Ge-**  
**sandtenmord nach den Quellen dargestellt und beleuchtet. Mit 12 urkundlichen Beilagen.**  
 gr. 8. brosch. 40 Kr.  
 Diese Schrift enthält sowohl eine historische, kritische Darstellung der jüngst mehrfach besprochenen,  
 den Rastatter Congreß so tragisch abschließenden Episode auf urkundlicher Grundlage und nach den  
 Berichten von Augenzeugen — als auch eine vorurtheilsfreie Beurtheilung des Thatbestandes vom juristischen  
 Standpunkte.  
**Laur, Dr. E.,** Privatdozent an der Universität Heidelberg. **Malherbe.** Literar. histori-  
 Skizze. gr. 8. brosch. 40 Kr.

774. Karlsruhe.  
**An die Vorschuß-Vereine**  
**des Unterbadischen Genossenschafts-Verbandes.**  
 Der zweite Verbandstag des Unterbadischen Genossenschafts-Verbandes findet dieses Jahr am **25. und**  
**26. Juni zu Offenburg** im Lokale des Herrn Schmitt, **„Sur neuen Pfalz“** statt.  
 Die Vorversammlung beginnt ebenfalls **Freitag Abend 7 1/2 Uhr**, die Hauptversammlung da-  
 gegen **Sonntag früh 8 Uhr**.  
 Die Anwaltschaft wird durch Herrn Parisius-Gardelagen vertreten sein, und laden wir zu  
 recht zahlreicher Theilnahme alle **Vorschuß- und Kreditvereine**, auch solche, welche dem **Unterbadis-**  
**chen Verbande** bisher noch nicht beigetreten sind, freundlichst ein.  
 Karlsruhe, den 19. Juni 1869.  
**Der Vorort des Unterbadischen Genossenschafts-Verbandes.**  
 Der Direktor: **Dr. C. Riegel.** Der Schriftführer: **Carl Himmelheber.**

472. Heidelberg.  
**Achter deutscher Juristentag.**  
 Am 25. bis 29. August l. J. wird der deutsche Juristentag seine Jahresversammlung in hiesiger Stadt  
 halten, und laden wir hiermit ergebenst zum Beitritte neuer Mitglieder ein.  
 Zur Mitgliedschaft berechtigt sind: die deutschen Richter, Staatsanwälte, Advokaten und Notare, die  
 Aspiranten des Richteramtes, der Anwaltschaft und des Notariats, sowie Jeder, der nach seinen Landesgesetzen  
 zum Richteramt, zur Anwaltschaft oder zur Ausübung des Notariats für befähigt erkannt ist, ferner die Lehrer  
 an den deutschen Hochschulen, die Mitglieder der gelehrten Akademien, die Doktoren der Rechte und die rechts-  
 gelehrten Mitglieder der Verwaltungsbehörden.  
 Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Empfang der Mitgliedskarte und berechtigt zur Theilnahme an den  
 Verhandlungen und an der Abstimmung.  
 Der ordentliche Beitrag, welcher jährlich erhoben wird, beträgt 2 Thaler und für die am Ort des Juristen-  
 tags, also in diesem Jahr in Heidelberg zu lösende Anmeldekarte ist ein Thaler zu entrichten.  
 Zur Annahme von Beitrittserklärungen sind bereit:  
 Herr Kreisgerichtsdirektor Dr. Buchelt in Heidelberg und  
 Herr Kreisgerichtsdirektor von Stöcker in Lörrach.  
 Heidelberg, den 7. Juni 1869.  
**Das Lokalkomitee.**

382. **Hôtel-Eröffnung in Leipzig.**  
 Ich beehre mich ergebenst anzuzeigen, daß ich das von mir seit 1850 geführte **Hôtel de Prusse** hier  
 heute verlassen und mein neu erbautes **Hôtel** unter der Firma:  
**Hôtel Hauffe**  
 eröffnet habe. Dasselbe ist mit allem, den neuesten Erfahrungen entsprechenden Comfort ausgestattet, liegt im  
 schönsten Theile der Stadt, an der neuen Promenade vis à vis dem Museum, der Post, der Universität, dem  
 neuen Theater, und bietet dadurch den mich gütlich Besuchenden den angenehmsten Aufenthalt.  
 Leipzig, den 1. Juni 1869.  
**Albert Hauffe.**

**Hôtel und Mineralbad zum Fürstenberg'schen Hof**  
 in Haslach, Kinzigthal (Baden) Eisenbahnstation.  
 3.1.812. In der reizendsten Gegend mit reichhaltigen Fernsichtspunkten und herrlicher Aussicht in  
 das malerische Kinzigthal und seine erfrischenden Wälder, mit allem Comfort versehen, im Freien lebender  
 Gasthof, empfiehlt sich dem reisenden Publikum wie auch besonders zu einem längeren Sommeraufenthalte und  
 klimatischen Kurgebrauch. Außer den gewöhnlichen Mineralbädern, alle künstlichen, medizinischen und Fluß-  
 bäder. Sämmtliche Mineralwässer vorräthig.  
 Freundliche Bedienung, Pension täglich für gute Kost und Wohnung 2 Gulden.  
**Anton Söferer.**

**Associegesuch.**  
 811. (H.1374.c.) Zu einem größeren Fabrik-  
 geschäft wird behufs Ausdehnung desselben ein **indus-**  
**trieller Associe** mit einer größeren Kapital-Einlage  
 gesucht. Franco-Offerten unter R. W. 423 besördern  
**Haasenstein & Vogler in Basel.**  
 835. Baden.  
**Macaroni,**  
 Achte italienische, in besonders feiner Qualität,  
 in Kisten von ca. 40 und 50 Pfund billigt zu be-  
 ziehen von **Klodian Stübner, Baden.**  
 729.

**Für Brust- und Husten-**  
**leidende!**  
 3.1.102. Der bereits seit 15 Jahren rühmlichst  
 bekannte und empfohlene  
**Mayer's weisser Brust-Syrup**  
 ist stets echt zu haben bei  
**Carl Daeschner in Karlsruhe,**  
 Großh. Hoflieferant.

**Tuttlingen.**  
**Verdingung von Eisenbahnbau-Arbeiten.**  
 Zur Ausführung der Hochbauten in der III. und IV. Hochbau-Abtheilung der Section Tuttlingen mit der Station Mörzingen und 7 Bahnhofsstationen werden  
 mit höherer Genehmigung die benannten Bauarbeiten zur Submission ausgeschrieben:

Benennung der Bauten.	Geobau-Arbeit.		Mauer- und Steinhauer- Arbeit.		Schleifer- Arbeit.		Schreiner- Arbeit.		Schloffer- Arbeit.		Klempner- Arbeit.		Anstreich- Arbeit.		Schmied- Arbeit.		Zug- Arbeit.		Schweißer- Arbeit.		
	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	
Stationsgebäude.	120	35	6318	12	3130	14	648	12	1222	15	380	20	1032	57	201	10	296	2	14	48	
Brunnen.	294	21	382	21	15																
Güterschuppen.	50	24	113	42	2765	33			199	52	52	52	508	146	73	52	191	32		39	50
Bodenmaße mit Häuschen.	6		623	53	274	22			13	33	4	32	4								
Abtritt und Holzlege.	15		231	9	1041	12			54	53			178	22	35	11	50			26	51
Bauholz- und Viehladrampe.	2519				2257	10							187	30							
Trottoir und Rampe.	249	4	3781														1191	18			
	945																230	18			
Einfriedigungen.	1	37			174	67							308	46			14			259	8
Compostgrube.	44		45	42	36	18							8				18	10			
Bahnhofsgebäude.	31		582	35	876	38	126	22	167	15	52	35	436	58			80	2	18	9	
"	32		1311	54	765	17	119	18	180	31	60	10	134	28			78	40	2	23	
"	34		883	36	873	50	126	22	167	15	52	7	134	58			80	20	2	18	
"	35		391	30	181	27	144	6	90	52	35	9	98	22	42	48	56	10	4	30	
"	36		26		800	37	119	18	176	31	60	10	154	28			78	40	2	23	
"	37		20	12	1387		800	37	119	18	176	31	60	10	154	28	78	40	2	23	
"	38		5	12	409	17	289	21	106	53	123	14	20	56	98	17	61	5	3	33	
Zusammen.	3454	1	18029	11	14282	33	1509	55	2572	42	779	20	3187	24	355	1	1088	49	34	18	

Die Pläne, Kostenvoranschläge und Bedingungen können bei dem Eisenbahnbauamt Tuttlingen  
 bis Samstag den 26. Juni 1869, Vormittags 11 Uhr,  
 eingesehen werden, und welche Zeit auch die urkundliche Eröffnung der eingelaufenen Offerte stattfindet, welcher die Submittenten anwohnen können.  
 Liebhaber zu Ueberrahme obiger Arbeiten oder eines Theiles derselben haben ihre Angebote, in welchen der Abtheil in Prozenten ausgedrückt sein muß, unter  
 Anschluß von Fähigkeits- und Vermögenszeugnissen, letztere neuen Datums, schriftlich, versiegelt und mit der Aufschrift:  
 „Angebote zu Arbeiten für die Hochbauten der Oberrhein-Donaubahn“  
 bis zu obigem Termin bei dem Eisenbahnbauamt Tuttlingen einzureichen.  
 Den 15. Juni 1869.  
 Kgl. Württ. Eisenbahnbauamt.  
 B e r t s c h.

3.1.448. **The Gresham.**  
 Engl. Lebensversicherungs-Gesellschaft  
**37 Old Jewry London.**  
 Hauptbureau für **Baden:** Friedrichstraße  
 Nr. 36 **Mannheim** (Eigenthum der Ge-  
 sellschaft).  
 Angelegtes Aktiokapital **Fr. 28,000,000.**  
 Jahreseinnahme der Gesell-  
 schaft **Fr. 8,000,000.**  
 Gemachte Auszahlungen für  
 verfallene Policen, Sterbfälle  
 „ **21,875,000.**  
 Gewinne vertheilt (seit 1848)  
 wovon 80% den Versicherten  
 „ **5,000,000.**  
 Die Gesellschaft hat in ihrem letzten Geschäftsjahre,  
 welches nur 11 Monate umfaßt, für eine Summe von  
 Fr. 41,516,300 neue Anträge erhalten, wovon für  
 Fr. 35,953,700 angenommen wurden.  
 Um Prospekte und Auskunft sich zu wenden an das  
 Hauptbureau für **Baden,** Friedrichstraße Nr. 36  
**Mannheim,** oder an die Agenten der Gesellschaft.  
 Die Generalagentur in **Mannheim:**  
**Wilhelm Fecht.**  
 Die Hauptagentur in **Karlsruhe:**  
**Felix Noell.**

832. Basel.  
**Brunnenleitungs- und**  
**Gasleitungsrohre**  
 werden prompt und billigt belorgt durch  
**H.1416. Ph. Silbernagel**  
 in **Basel.**

702. **Kiefernadelbad Wolfach**  
 im Kinzigthal, Baden.  
**Gasthof zum Ochsen.**  
 Dieser Gasthof liegt zunächst  
 dem Badhause, gut möblirte  
 Zimmer, schöner Speisesaal  
 mit neugebauter großer  
 Terrasse, auf die Kinzig gehend,  
 mit schöner Aussicht ins Freie.  
 Table d'hôte 1 Uhr, Re-  
 staurations-jedzeit, Café, Bier.  
 Hotel-Omnibus an die Station Haslach auf alle  
 Räder, sowie Ein- und Zweispänner jedzeit zu haben.  
 Preise billig.  
 Pension: täglich 5 Francs.  
**E. Armbruster zum Ochsen.**

838. Baden-Baden.  
**Backgeräthschaften zu verkaufen.**  
 Bei dem Unterzeichneten ist ein Backofen-Gehell, ein  
 Schieber, 2 aufeisene und 1 kupferne Backofenrohr,  
 2 aufeisene Feuerungen zu Steinöfen, 2 eiserne  
 Gerde nebst Kupferkessel und Statosen, und sonstige  
 Backgeräthschaften billig zu verkaufen.  
**Joseph Birnbauer,**  
 Baden-Baden, Rathhausgasse Nr. 1.  
 754. Nr. 3733. Konstantz.

**Vergebung von Bauarbeiten.**  
 Die Herstellung von Ökonomiegebäuden auf den Stationen Riedelsbäusen, Martelfingen und Reichenau  
 vergeben wir im Wege schriftlicher Angebote und sind dieselben nach Procenten des Voranschlags längstens bis  
 Samstag den 26. d. M., Morgens 11 Uhr,  
 zu welcher Zeit die Eröffnung derselben stattfinden, versiegelt und mit geeigneter Aufschrift portofrei bei uns ein-  
 zuwenden.  
 Die Herstellungskosten sind veranschlagt:

	Riedelsbäusen	Martelfingen	Reichenau
Mauer- und Steinhauerarbeit	616	57	551
Zimmermannsarbeit	533	42	477
Schlosserarbeit	61	36	52
Glaserarbeit	16	7	5
Blecharbeit	57	48	53
Anstreicharbeit	77	9	70
Schleiferarbeit	109	14	96
Zusammen	1472	33	1306

Die Pläne, Kostenvoranschläge und Bedingungen können den 23., 24. und 25. d. M. auf dem diesseitigen  
 technischen Bureau, an den übrigen Tagen auf jenem in Waldshut eingesehen werden.  
 Konstantz, den 16. Juni 1869.  
 Der Vorstand: **Mayer.** Großh. Eisenbahnamt.  
 Der Bezirksingenieur: **Scholl.**

806. Offenburg.  
**Referendar-Gesuch.**  
 Die Unterzeichneten suchen einen Referendar, der im  
 Laufe des August d. J. eintreten und die selbständige  
 Beforgung der Geschäfte während der Dauer des näch-  
 sten Landtages übernehmen könnte.  
 Offenburg, den 20. Juni 1869.  
**C. Ehard. F. Kiefer.**

**Offene Commisstelle.**  
 791. In ein gemischtes Waarengeschäft wird ein  
 Commis zum sofortigen Eintritt gesucht. Diejenigen,  
 welche der französischen Sprache mächtig, werden bevor-  
 zugt. Franco-Offerten erbittet unter der Chiffre E S  
 Nr. 22 poste restante Kehl a. Rhein.  
**C. Ehard. F. Kiefer.**

**Reifestelle-Gesuch.**  
 841. Ein Mann, 32 Jahre alt, der schon in ver-  
 schiedenen Branchen arbeitete, sucht Stelle; derselbe  
 versteht Spirituosen, Wein, Kolonial- oder Konditor-  
 waren vor, kennt aber Tabak, Cigarren und Mann-  
 factur ebenfalls; kann als guter Verkäufer sehr em-  
 pfehlen werden und macht bescheidene Ansprüche.  
 Gef. Offerte franco Erped. dieses Blattes.  
**Z. x 513.**

**Epileptische Krämpfe** (Fall-  
 such) heilt der Spezialarzt für Epilepsie **Dr. O. Killisch**  
 in Berlin, jetzt Mittelstrasse No. 6. — Aus-  
 wärtige brieflich. Schon über Hundert ge-  
 heilt.  
 830. Nr. 1152. Waldstadt.

**Die Katastrirung des landwirtschaft-**  
**lichen Geländes betr.**  
 Die Güterbeschreibung von hiesiger Gemarkung liegt  
 14 Tage zur Einsicht der Grundeigentümer auf dem  
 Rathhause dahier auf, und können Erklärungen wäh-  
 rend dieser Zeit bei Unterzeichnetem mündlich oder  
 schriftlich vorgebracht werden. Dies wird den Aus-  
 wärtigen, welche entfernt wohnen, oder deren Aufent-  
 halt dieselbe nicht bekannt ist, mit dem Anfügen durch  
 Gegenwärtigen verkündet, daß spätere Einwendungen  
 nicht mehr berücksichtigt werden.  
 Waldstadt, den 19. Juni 1869.  
**Böcker. vdt. Leebert.**

**Vermischte Bekanntmachungen.**  
 840. Karlsruhe.  
**Bekanntmachung.**  
 Die den Hauptagenten **Walther und Neefow**  
 in Mannheim zur Vermittlung des Transportes von  
 Auswanderern ertheilte Commission wird dahin ausge-  
 dehnt, daß dieselbe auch in Geschäftsverbindung mit  
 dem Kabinett R. D. in Havre ausgedehnt  
 werden darf.  
 Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß ge-  
 bracht.  
 Karlsruhe, den 17. Juni 1869.  
 Großh. Ministerium des Innern.  
**A. v. M. R. L. Cron.** Blattner.

**Bekanntmachung.**  
 Die Bestimmung, wornach die Retourbillete I. und  
 II. Klasse auch zur Fahrt in den Schnell- und Courie-  
 zügen Gültigkeit haben, wird für die Zeit vom 1. Juli  
 bis letzten September l. J. vorerst für die Schnell-  
 züge Nr. 12 und 19 zwischen **Mannheim** und **Basel**,  
 sowie für den Courierzug Nr. 6 zwischen **Kehl** und  
**Heidelberg** wieder, wie früher, außer Kraft gesetzt.  
 Karlsruhe, den 22. Juni 1869.  
 Direktion der Großh. Verkehrsanstalten.  
**Simmer. Hartmann.**  
 638. Karlsruhe.  
**Hofgutverpach-**  
**tung.**  
 Das markgräfliche Hofgut **Rothenfels**, am Ein-  
 gang in das Rungthal, an der Eisenbahn, in der Nähe  
 des Ortes **Rothenfels** gelegen, bestehend in einem zwei-  
 stöckigen, geräumigen Wohnhaus und den erforderlichen  
 Ökonomie-Kämmlichkeiten — sämmtliche Ge-  
 bäude wohlverhalten — und in ungefähr 170 Morgen  
 Ackerland, Wiesen und Garten mit ca. 2000 Stück  
 tragbaren Obstdäumen wird  
**Montag den 12. Juli d. J.,**  
**Vormittags 10 Uhr,**  
 auf dem Pachtthof selbst auf 12 Jahre, Martini  
 1869/81, in öffentlicher Steigerung neuerdings ver-  
 pachtet werden.  
 Das Gut liegt 2 Stunden von Rastatt, 2 Stunden  
 von Gerolshausen und 2 Stunden von Baden entfernt,  
 wozu seither ein regelmäßiger und guter Abfahrts-  
 bus zwischen Mannheim und Baden besteht.  
 Die Pachtbedingungen werden hiezu mit dem Anfügen  
 eingeladen, daß sie sich durch Zeugnisse ihrer Heimath-  
 gebörden über Vermögen, Lummen und Befähigung  
 zum Gutsumtrieb auszuweisen haben.  
 Die Pachtbedingungen können inzwischen bei unter-  
 zeichneter Stelle eingesehen werden.  
 Karlsruhe, den 15. Juni 1869.  
 Markgräfliche Hauptkass.